

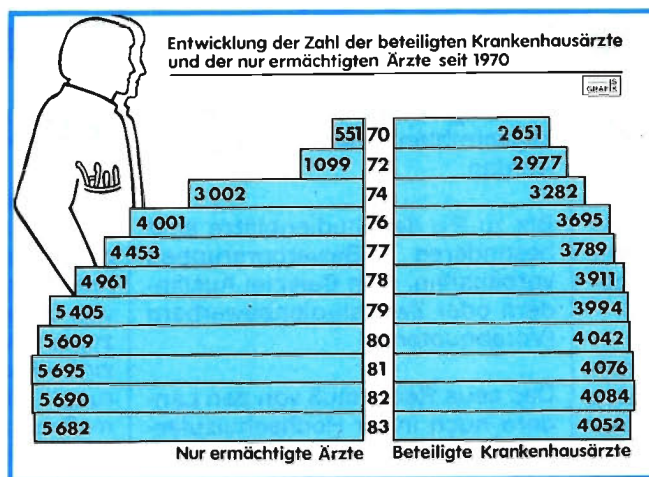
FDP gegen eine Positivliste

BONN. Eine „abschließende Liste der zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnungsfähigen Arzneimittel“ werde es mit den Liberalen nicht geben, erklärte die Vorsitzende des Arbeitskreises Sozial- und Gesundheitspolitik der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Irmgard Adam-Schwaetzer. Für die Ausgabendämpfung auf dem Arzneimittelsektor schlug sie vier Maßnahmen vor: Eine verbesserte Preisvergleichsliste für Kassenärzte; vermehrte Anstrengungen bei der kassenärztlichen Fortbildung im pharmakologischen Bereich: Einführung einer prozentualen Zuzahlung der Versicherten im Alter von über 16 Jahren mit einer Obergrenze; vermehrte Anstrengungen des Pharma-Bundesverbandes zur Einhaltung des Pharma-Kodex. WZ

Medizinische Geräte sollen sicherer werden

BONN. Die Bundesregierung hat den vom Bundesrat beschlossenen Änderungen des Verordnungsentwurfs des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung über die Sicherheit medizinisch-technischer Geräte zugestimmt. Damit kann die Verordnung zum 1. Januar 1986 in Kraft treten.

Die Verordnung schreibt vor, daß für Geräte, die eine lebenserhaltende Funktion haben beziehungsweise wegen ihrer Funktionsweise besonders gefährlich sind, Bauartprüfungen und behördliche Zulassungen sowie fachkundige Einweisungen des Bedienungspersonals und regelmäßige sicherheitstechnische Kontrollen stattfinden müssen. Darüber hinaus



Die Zahl der beteiligten Krankenhausärzte in der Bundesrepublik ist nahezu unverändert auf dem hohen Niveau von 1979 geblieben. Die Zahl der ermächtigten Ärzte, seit 1970 ständig gestiegen, bewegt sich seit 1980 ebenfalls auf etwa gleichbleibend hohem Niveau. Damit scheint für diese Formen der Teilnahme an der kassenärztlichen Versorgung eine gewisse „Sättigung“ eingetreten zu sein. Der Bedarf für spezielle ärztliche Leistungen (= Voraussetzung für Beteiligungen und Ermächtigungen) dürfte deshalb durch die ambulante ärztliche Versorgung weitgehend sichergestellt sein. Quelle: KBV-Statistik

müssen alle bereits betriebenen besonders gefährlichen Geräte in einer Übergangsfrist von zwei Jahren in einem vereinfachten Verfahren sicherheitstechnisch geprüft werden, wenn sie nicht schon bisher regelmäßig gewartet wurden. Zu diesen Geräten zählen beispielsweise Infusionspumpen, Herz-Lungen-Maschinen, Beatmungsgeräte, Dialysegeräte. Die Kostenbelastung liegt bei rund 40 Millionen DM. SI

Arbeitstherapeuten fordern neue Berufsbezeichnung

REUTLINGEN. Wegen negativer Assoziationen mit der Bezeichnung „Beschäftigungstherapie“ fordert der Verband der Beschäftigungs- und Arbeitstherapeuten die Einführung der Berufsbezeichnung „Ergotherapeuten“, die im europäischen Ausland bereits üblich sei. jv

Ausland

Schweizer Ärztin „Frau des Jahres“

JOHANNESBURG. Zur „Frau des Jahres“ hat die Tageszeitung „The Star“ die aus Basel stammende Ärztin Dr. Erika Sutter gewählt. Dr. Sutter war 1952 als Biologin nach Afrika gekommen und studierte dann auf Kosten der Schweizer Südafrika-Mission in Johannesburg Medizin und absolvierte anschließend in Basel und London eine augenärztliche Weiterbildung. Seit 1965 widmete sich Dr. Erika Sutter in einem Missionskrankenhaus, das in dem im Aufbau befindlichen Homeland Gazankulu liegt, der Bekämpfung des Trachoms. Für die Behandlung in den Dörfern bildete sie eingeborene Frauen aus, die in 120 „Care Groups“ nunmehr auch Hygieneberatung betreiben und außerdem wassersparende Anbaumethoden propagieren. gb

Embryoforschung soll strafbar sein

LONDON. Mit überraschend großer Mehrheit hat das Unterhaus in zweiter Lesung ohne Fraktionszwang einen Gesetzentwurf des prominenten, früher konservativen, jetzt nordirischen Abgeordneten Enoch Powell gebilligt, nach dem Embryoforschung unter Strafe gestellt werden soll. Nach Ansicht politischer Beobachter reagierte die Unterhausmehrheit damit auf das Zögern der Regierung, zum Warnock-Bericht Stellung zu beziehen. Ein Ausschuß unter dem Vorsitz von Lady Warnock hatte im vergangenen Jahr empfohlen, ein Aufsichtsgremium für Embryoforschung einzusetzen und zu gestatten, Embryos zu Forschungszwecken bis zu 14 Tage am Leben zu erhalten.

Der nunmehr in zweiter Lesung angenommene Gesetzentwurf würde demgegenüber die „Schaffung“ eines menschlichen Embryos (also die extrakorporale Befruchtung) und den Umgang mit ihm nur dann gestatten, wenn damit beabsichtigt ist, einer bestimmten Frau zu einem Kind zu verhelfen. Darüber hinaus würde für jeden einzelnen Fall die ausdrückliche Genehmigung des Sozialministers erforderlich sein. gb

EG fördert Krebsforschung

KAIRO. Einen Zuschuß in Höhe von 5,55 Millionen DM gibt die EG-Kommission für den Ausbau der radiologischen Dienste im Krebsforschungsinstitut der Universität Kairo. Das Institut soll nach seiner Fertigstellung als ägyptisches Behandlungs-, Diagnose- und Forschungszentrum fungieren. EB